

basieren. Park & Chen berichten über verschiedene Händlergenerationen, die ab Ende des 19. Jahrhunderts aus China nach Südafrika migrierten. Insbesondere während der Apartheid wurden sie – im Unterschied zu taiwanesischen Unternehmern – durch gesetzliche Restriktionen eingeschränkt und rassistisch diskriminiert. In den letzten Jahren gründeten neu eingewanderte chinesische Unternehmer eigene Organisationen bzw. Sicherheitsunternehmen zum Schutz vor Raubüberfällen. Deren Selbstverständnis in urbanen Gebieten, wo die südafrikanische Polizei keine Hilfe bietet, veranschaulichen die Autorinnen an einigen Beispielen.

Vom organisierten Verbrechen chinesischer Krimineller, deren Netzwerken und Vorgehensweisen in Südafrika, die in etlichen bekannten Detailstudien südafrikanischer Forscher*innen dokumentiert sind, erfährt man in diesem Sammelband nichts Wesentliches. Nur einzelne Beiträge weisen auf den Nashornhandel als Schlagzeile in den Medien hin, gehen aber nicht genauer darauf ein. Auch solche Auslassungen fordern zur kritischen Lektüre dieses Buches auf.

Rita Schäfer

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v42i2.13>

Miles Tendi; JoAnn McGregor & Jocelyn Alexander (Hg.):

The Oxford Handbook of Zimbabwean Politics, Oxford: Oxford UP 2020

(ebook, <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198805472.001.0001>)

Simbabwe befindet sich spätestens seit der illegalen Enteignung und Vertreibung weißer Großfarmer und dem anschließenden Zusammenbruch der Wirtschaft ab dem Jahr 2000 in einer ökonomischen Dauerkrise, die große Folgeschäden für die Gesellschaft und Umwelt des Landes hat. Auch das Gesundheitssystem und weitere staatliche Sektoren litten massiv, gleichzeitig wurden Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Organisationen drastisch eingeschränkt. Diesen Problemen und ihren Auswirkungen widmet sich das vorliegende Handbuch, das zweiundzwanzig elektronisch zugängliche Artikel enthält. Sie umfassen ein breites Themenspektrum; es reicht von der Wirtschaftspolitik, Finanzkrise und gigantischen Inflation über Beiträge zu Landrechten und mineralischen Ressourcen bis zu Artikeln über Gewerkschaften. Zum Verständnis der politischen Situation widmen sich mehrere Autorinnen und Autoren den Wahlen während der letzten Jahrzehnte, Konflikten in der Regierungspartei und dem Zustand der Oppositionsparteien. Darüber hinaus untersuchen sie die bruchstückhafte Sicherheitssektorreform und die Massengewalt staatlicher Sicherheitskräfte in den 1980er Jahren, die so genannten Gukurahundi-Massaker in den Matabeleland- und Midlands-Provinzen.

Zur Sprache kommen auch die Einschränkungen von Medien durch staatliche Repression und soziale Themen, etwa die Strukturen und Dynamiken in Studierendenorganisationen, sexistische Anfeindungen von Politikerinnen und Polizeiübergriffe auf Interessenvertretungen von Homosexuellen sowie der Druck auf Nichtregierungsorganisationen. Bei außenpolitischen Aspekten wird die Rolle Südafrikas, Großbritanniens und Chinas hervorgehoben.

Der Handbuchcharakter kennzeichnet alle Beiträge; allerdings gibt es Unterschiede im Niveau, denn einzelne wie der Text von *Julia Gallagher* über die Beziehungen zwischen Großbritannien und Simbabwe haben eher einen deskriptiv-essayistischen Tenor, andere wie der Aufsatz von *Phillan Zamchiya* über die Wahlen seit 2008 zeichnen sich durch analytische Tiefenschärfe aus und sind gleichzeitig verständlich formuliert. Wünschenswert wäre es gewesen, wenn noch mehr Forschende, die beispielsweise in innovativen Dissertationen wichtige Fragestellungen erarbeitet und neue Perspektiven aufgezeigt haben, am Sammelband mitgewirkt hätten. Aus dem dennoch facettenreichen Spektrum des lesenswerten Handbuchs sollen hier zwei Beiträge genauer vorgestellt werden, die seinen Erkenntniswert veranschaulichen.

Das Recht auf Gesundheit ist in Simbabwe ein Politikum: Im Zwei-Klassen-System aus privaten Hospitälern und staatlichen Krankenhäusern sind letztgenannte finanziell, technisch und personell in einem desolaten Zustand. *Simukai Chigudu* veranschaulicht die durch politische Fehlentscheidungen und Korruption verursachten Mängel am Beispiel der vermeidbaren Cholera-Epidemie 2008-2009. Davon waren etwa 100.000 Menschen betroffen, 4.000 starben. Die Erkrankten hätten relativ leicht behandelt werden können. Der Autor wertet zahlreiche Dokumente und empirische Studien aus und beruft sich auf Einschätzungen von Bewohnerinnen in infrastrukturell vernachlässigten, urbanen Siedlungen. Er stellt klar, dass diese Epidemie kein isoliertes Ereignis war, sondern Resultat jahrelangen Missmanagements in staatlichen Institutionen und multidimensionalen Systemversagens. Dazu gehörte der Zusammenbruch der städtischen Wasserversorgung, so dass kontaminiertes Trinkwasser in die Leitungen gelangte. Die Regierungspartei ZANU-PF hatte Posten in der städtischen Wasserbehörde mit Parteifunktionären ohne notwendige Kompetenzen besetzt. Patronage und Korruption beschleunigten die Probleme. 2008 hatten nur 30 % aller Menschen in der Hauptstadt Zugang zu sauberem Trinkwasser. Drei Jahre zuvor hatte eine großangelegte Zerstörung informeller Siedlungen und Handwerksbetriebe im Rahmen staatlicher Slumbeseitigung die wirtschaftlichen Möglichkeiten, das Wohnen und die Gesundheitssituation armer Stadtbewohnerinnen und -bewohner stark beeinträchtigt. 700.000 Menschen waren davon betroffen gewesen, die sanitäre Infrastruktur blieb seither zerstört.

Chigudu gibt auch zu bedenken, dass die von internationalen Kreditgebern wie dem Weltwährungsfonds auferlegten Spardiktate im Rahmen von Strukturanpassungsmaßnahmen Anfang der 1990er Jahre den Gesundheitssektor hart trafen, und das in einer Zeit, in der die HIV- und AIDS-Raten stiegen und großer Bedarf an medizinischer Behandlung von HIV-Positiven und AIDS-Kranken bestand. Fortan sparte die Regierung beim Gesundheitsetat, insbesondere seit dem wirtschaftlichen Niedergang ab 2000, und in dem von einer Hyperinflation geprägten Krisenjahr 2008. Personell bedeutete das: Zahlreiche Stellen im öffentlichen Gesundheitswesen blieben unbesetzt, das verbliebene Personal war komplett überfordert. Dennoch bestritt das Mugabe-Regime gegenüber der Weltgesundheitsorganisation lange den Ausbruch einer Epidemie. Erst nach Monaten ließ es internationale medizinische Hilfsorganisationen zu, die Cholera-Behandlungszentren aufbauten.

Die ZANU-PF-Regierung in Simbabwe setzt aktuell Nichtregierungsorganisationen (NGOs) stark unter Druck; insbesondere Menschenrechtsorganisationen unterstellt sie, vom Ausland gelenkt zu sein und auf einen Regimewechsel zu drängen. Solche Behauptungen sind nicht neu, doch die Handlungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Interessenvertretungen werden immer stärker eingeschränkt, wie *Farai Chipato*, *Cornelias Ncube & Sara Rich Dorman* in ihrem Beitrag erläutern. Darin stellen sie kurz unterschiedliche Organisationen vor, die sie als Teile der facettenreichen Zivilgesellschaft und der staatsbürgerlichen Interessenvertretung verstehen. Hierzu zählen sie Kirchen, Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Basisinitiativen und NGOs. Das Autorenteam untersucht den realen und digitalen Austausch zwischen diesen Akteuren und unterstreicht, dass verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen die Geschichte Simbawwes mitgeprägt haben, indem sie mit dem kolonialen und nachkolonialen Staat verhandelten, ihn – je nach Standpunkt – legitimierten oder kritisierten. Chipato, Ncube und Dorman erinnern auch an die Rolle zivilgesellschaftlicher Gruppen während des Unabhängigkeitskriegs und weisen auf deren anschließende Entwicklungsbeiträge hin.

Sie zeigen auf, wie die Regierung zivilgesellschaftliche Vereinigungen wiederholt unter Druck setzte. Schon in den 1980er Jahren betraf das Kirchen und Gewerkschaften in den Matabeleland-Provinzen. Diese gingen damit unterschiedlich um: Manche näherten sich der Regierung an, andere blieben regimekritisch, was Spaltungen in der NGO-Szene zur Folge hatte. In den 1990er Jahren verstärkten etliche NGOs ihre Menschenrechtsorientierung, zumal sie auch von Gebern Spielräume für eigene Arbeitsschwerpunkte und Ziele erhielten. Zudem wurde das Monitoring von Wahlen zum Aufgabenbereich eines 2000 dafür gegründeten NGO-Netzwerks.

Anschließend positionierten sich Kirchenleiter zustimmend bzw. kritisch gegenüber der immer gewaltsamer agierenden ZANU-PF-Regierung, die auf die verschiedenen Kirchen Einfluss zu nehmen versuchte und damit bei der Apostolischen Kirche erfolgreich war. Auch bei Organisationen, die zur Landfrage arbeiteten, bekannten sich einige als Mugabe-Unterstützer. Nach den Wahlen 2008 und der Gründung einer Einheitsregierung 2009 mit der bisherigen Oppositionspartei *Movement for Democratic Chance* (MDC) wechselten führende NGO-Vertreter in die Politik, zumal die MDC vor allem unter *Morgan Tsvangirai* in den Wahlen erstarkte und bis 2013 mit der ZANU-PF regierte. In der Zeit reduzierten und änderten auch wichtige Geldgeber ihre NGO-Förderung: Sie setzten auf Frieden und Versöhnung. Manche Aktivisten monierten dies als Entpolitisierung der Aufarbeitung von Gewalt des Mugabe-Regimes. Das Autorenteam gibt zu bedenken, dies habe die Spaltung zwischen NGOs vertieft. Zudem erhielten kleine Basisorganisationen wegen verkomplizierter Antragsverfahren kaum noch Finanzen für ihre Arbeit, was die pro-demokratische Zivilgesellschaft weiter fragmentierte und schwächte. Nach den Wahlen 2018 und nach Protesten gegen massive Preiserhöhungen im Januar 2019, die blutig niedergeschlagen wurden, ging der staatliche Sicherheitsapparat mit Verhaftungen gegen NGO-Mitarbeiter und -Mitarbeiterinnen vor. Auch gewaltsame Übergriffe begrenzten abermals Handlungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure.

Insgesamt veranschaulicht das thematisch weit gefächerte Handbuch Strukturprobleme in Simbabwe, die keineswegs auf Parteipolitik reduziert werden sollten, weil sie alle Bereiche des ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens erfassen. Die massive staatliche Repression und Bedrohung von pro-demokratischen Kräften geschehen unter dem Radar der Weltöffentlichkeit. Dieser Sammelband trägt zum Wissen darüber und zur Überwindung von Ignoranz bei.

Rita Schäfer

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v42i2.14>

Robert J. Gordon: *South Africa's Dreams. Ethnologists and Apartheid in Namibia*. New York, US-NY, & Oxford: Bergahn 2021, 202 Seiten

Die Indienstnahme sozialwissenschaftlicher und speziell ethnologischer Forschung für Ziele des Machterhalts, der *counterinsurgency* und des *social engineering* hat verschiedentlich für Skandale gesorgt und teils vehemente Proteste hervorgerufen. Am bekanntesten dürfte der Fall des vom US-Verteidigungsministerium in den 1960er Jahren betriebenen und nach relativ kurzer Zeit von engagierten Wissenschaftlern wie dem Ethologen Marshal Sahlins aufgedeckten *Project Camelot* sein. Im südlichen Afrika war das Apartheidregime über Jahrzehnte daran interessiert, seiner Politik den Anschein wissenschaftlicher Grundlegung zu geben, und wie in anderen Fällen diente dabei Namibia als Versuchslabor. Der namibische Ethnologe Robert Gordon hat seit vielen Jahren nicht nur wegweisende Forschungen zur Lage der San (Buschleute) vorgelegt, sondern auch über die Geschichte seines Faches zumal auf dem Subkontinent geforscht. Nach einer Monographie zu einem der Großen des Faches, Max Gluckman (2018), wendet er sich hier einer Reihe von Ethnolog*innen zu, die für „Engführungen“ verantwortlich waren, welche das Verständnis für das, was im damals als Südwestafrika bezeichneten Territorium geschah, „verschleierte, blockierten und abschnitten“ (1), geradezu „alternative Fakten“ schufen. Die darauf gegründeten Annahmen waren ihrerseits durch die Verbindungen ihrer Autor*innen mit den politischen Instanzen des Apartheidstaates und der Armee sowie die enge Verflechtung mit dem informellen Machtzentrum des burischen Nationalismus, dem *Afrikaner Broederbond*, wirkungsmächtig geworden. Auch wenn Gordon öfters ironische Pointen einstreut, so ist doch klar, dass die vorurteilsbehaftete „Narrheit“, da auf staatliches Handeln bezogen, alles andere als ein Scherz war und ist. Gordon entwirft eine „Pornographie der Macht“, um die darin inhärente Korruption zu kennzeichnen (15). Kritischen Anthropolog*innen fällt dabei die Rolle von „Trickster*innen“ (7) zu, die „nicht nur den Mächtigen Wahrheit oder Alternativen entgegenhalten, sondern auch die Sicherheiten in Frage stellen, dass alles im wörtlichen und übertragenen Sinne eine Frage von schwarz und weiß sei“ (7).

Zentral dabei ist für Gordon die Verankerung von Apartheid und der sie stützenden, wissenschaftlich daherkommenden Ideologie im kolonialen Kontext, was „Kolonialkunde“ ausdrücklich einschloss (8), hier aber speziell die auf Afrikaans so bezeichnete *volkekunde* betraf, die sich entschieden von der *social anthropology* absetzte. Expertise war zunächst für die Verhandlungen mit der *Permanent Mandates*